

Auer Tageblatt

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen und für Anzeigen die Bestellungen entgegen. — Erhältlich wöchentlich. Preis pro Anschlag Nr. 22.

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen für Anzeigen und Bestellungen für Anzeigen, wöchentlich. Preis pro Anschlag Nr. 22. Anschlag Nr. 22.

Erzgebirge Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aua. Postfach-Nr. 1000

Nr. 38 Sonntag, den 14. Februar 1932 27. Jahrgang

Gegen die Streichung der Reparationen

Französisch-englische Einigung?

Die französisch-englischen Reparationsverhandlungen in Paris, 12. Februar. Wie Havas mitteilt, soll in Verfolg der gestrigen Unterredung zwischen Daladier und dem englischen Botschafter Tyrrell ausgearbeitete Text über die Reparationsfrage, der von Daladier abgelehnt worden ist, dem englischen Außenminister Sir John Simon in Genf überreicht worden sein. Eine Veröffentlichung soll erfolgen, sobald Simon seine Zustimmung erteilt hat.

Wie die „Times“ mitzuteilen wissen, warte man noch die offizielle Zustimmung der englischen Regierung ab, um den Wortlaut des Abkommens zu veröffentlichen. Zugleich werde, wie aus einer anderen Londoner Quelle verlautet, der englische Außenminister im Laufe des heutigen Tages seine Bemerkungen aufnehmen, um auch Deutschland für die bisher erzielten Vereinbarungen zu gewinnen.

Über den Inhalt dieser Abmachungen, die nach einer sehr regen diplomatischen Aktivität und tagelangen Verhandlungen zwischen dem englischen Botschafter Lord Tyrrell und Daladier erzielt worden sind, liegen vorläufig nur Andeutungen vor. Festzustehen scheint zunächst, daß man den Termin der Reparationskonferenz endgültig für Juni festgelegt habe. Als vorläufiger Ort der Konferenz wird wieder Genua in Aussicht genommen.

England und Frankreich sollen sich weiter darüber einig geworden sein, daß das neue Reparationsabkommen zwar sehr wesentliche Erleichterungen für Deutschland, aber keine endgültige Streichung der deutschen Reparationen enthalten solle.

England habe im Laufe der Besprechungen eine französisch-englische Entgegenkommene Haltung gezeigt und einer prinzipiellen Aufrechterhaltung der Forderungen des Young-Plans (selbstverständlich nicht mit den gegenwärtigen Ziffern) zugestimmt; andererseits habe Frankreich den englischen Wünschen insofern Rechnung getragen, daß es einer mehrjährigen voll-

ständigen Aussetzung der deutschen Zahlungen zugestimmt habe.

Ob und wie weit das Abkommen sich auch bereits auf Einzelfragen über die Höhe der zu leistenden Zahlungen erstreckt, ist vorläufig nicht bekannt.

Berlin, 12. Februar. In hiesigen amtlichen Kreisen ist über den Inhalt der von der französischen und englischen Presse heute früh gemeldeten Vereinbarung der beiden Regierungen über die Reparationsfrage noch nichts Genaues bekannt. Man vermutet aber in unterrichteten Kreisen, daß es sich nicht um weitgehende materielle Vereinbarungen handelt, sondern in erster Linie lediglich um Abreden über Zeit und Ort der Reparationskonferenz. Für diese Annahme sprechen insbesondere verschiedene englische Presseäußerungen. So spricht z. B. die „Times“ davon, daß keine Einheitsfront gegen Dritte geschaffen worden sei, und das Reutersbüro warnt vor einer Ueberschätzung der Vereinbarungen.

Die Genfer Besprechungen über die Frage der Reparationskonferenz

Genf, 12. Februar. Die Nachrichten über eine grundsätzliche Einigung der beteiligten Mächte über die Einberufung der Reparationskonferenz sind, wie wir erfahren, verfrüht. Die angekündigte englisch-französische Erklärung, die nach einer Havas-Depesche heute nach Billigung durch Sir John Simon in Genf veröffentlicht werden sollte, ist nicht erschienen. Staatssekretär von Bülow hat in den letzten Tagen die von Reichsfinanzminister Dr. Brüning hier begonnenen Besprechungen über die Konferenzfrage fortgesetzt. Auch haben die ausländischen Staatsmänner untereinander verhandelt, wobei auch Fragen des interalliierten Schuldenproblems eine Rolle gespielt haben dürften. Der Termin der Konferenz steht entgegen anders lautenden Meldungen noch keineswegs fest.

Nationalsozialistische Massenkundgebung für Hitler als Reichspräsidenten-Kandidat

Berlin, 13. Februar. In den Tennis-Hallen in Wilmersdorf, dem zweitgrößten Saal Berlins, der überfüllt war, fand am Freitagabend eine Kundgebung der Nationalsozialisten für Adolf Hitler statt. — Der Reichstagsabgeordnete Goering polemisierte in seiner Rede scharf gegen Sozialdemokratie und Marxismus und gegen die jetzige Reichsregierung.

Zum Schluß seiner Rede forderte Goering alle Anwesenden auf, am 13. März, dem Tage der Reichspräsidentenwahl, ihre Stimme Adolf Hitler zu geben, da man mit den Parteien, die einst den Generalfeldmarschall geschmäht hätten, ihn heute aber auf den Schild heben, keinen gemeinsamen Weg gehen könne.

Das vorläufige Ergebnis der Eintragungen für die Hindenburgkandidatur

Berlin, 13. Februar. Wie von dem Hindenburgauschuß mitgeteilt wird, beläuft sich die Zahl der bisherigen Eintragungen in den heutigen Vormittagsstunden auf 1 850 000. Die Zahl steigt ständig, da jetzt erst die zahlreichen Eintragungsergebnisse vom flachen Lande gemeldet werden. Der Hindenburgauschuß macht nochmals darauf aufmerksam, daß die Eintragungsergebnisse heute abend endgültig abläuft.

Die Aussprache in Genf

Genf, 12. Februar. Die heutige Aussprache der Abrüstungskonferenz wurde eingeleitet durch eine Rede des spanischen Außenministers Julieta, der der Konferenz ausführliche Vorschläge unterbreitete. Diese Vorschläge enthalten das von den meisten Vordemern beantwortete Verbot der schweren Angriffsaffen, der U-Boote und die Beschränkung der Größe und des Aktionsradius der U-Boote, ferner das Verbot der militärischen Verwendung von Handelsschiffen, die völlige Abschaffung der Militärflugzeuge und die Internationalisierung der Zivilflugzeuge. Julieta sprach in seiner Rede eine gewisse Enttäuschung darüber aus, daß die Konferenz zur Herabsetzung und Begrenzung der Rüstungen nicht eine Abrüstungskonferenz schließlich geworden sei. Es sei abwegig, die Konferenz auf das Problem der Humanisierung des Krieges festzulegen, denn die Erfahrung habe gezeigt, daß der Krieg sich nur soweit humanisieren lasse, als der Erfolg der militärischen Operationen nicht beeinträchtigt würde.

Gegen die Vergewaltigung des Memellandes

Berlin, 12. Februar. Der Memelland-Bund veranstaltete heute abend im ehemaligen Herrenhaus eine große Protestkundgebung gegen die Vergewaltigung des Memellandes. Neben der Versammlung im Plenarsaal mußte im Festsaal eine Parallelkundgebung abgehalten werden, da über 1000 Personen erschienen waren. Der Vorsitzende des Memelland-Bundes, Professor Voerschmann, sprach der deutschen Regierung Dank dafür aus, daß sie schnell und nachdrücklich die Sache in Genf verfochten habe. Es sei undenkbar, daß das Memelgebiet nach den letzten Ereignissen in der Obhut der Litauer bleiben könne. Die Versammlung nahm eine Entschließung an, in der die Einsetzung einer britischen Völkerbundskommission, die Wiedereinsetzung des Direktoriums Stöcker, die Zurückziehung des Militärs und der litauischen Schützenverbände verlangt wird. Weiter wird die Suspendierung der litauischen Souveränität, eine Volksbefragung aller Memelländer über ihre staatliche Zukunft und eine völlige Neuregelung der Memelfrage unter grundsätzlicher Ausschaltung Litauens gefordert.

Noch kein neues Memel-Direktorium

Rowno, 12. Februar. Nachdem der Vorsitzende des Landtages es abgelehnt hatte, eine Persönlichkeit zu bezeichnen, die das neue Direktorium bilden könne, wandte sich Gouverneur Werhys an das ehemalige Direktionsmitglied Jhgaudas, den Bezirkshauptmann Balgius und den Richter Kairys, denen er nachemander die Bildung des Direktoriums antrug. Alle drei sind Mitglieder der Mehrheitspartei. Sie nahmen jedoch den Vorschlag unter der Begründung nicht an, daß das aufgehobene Direktorium Litauens noch zu stark

Die Reichspräsidenten-Kandidatur

Vor der Klärung der Situation

Berlin, 12. Februar. Die Besprechungen über die Reichspräsidentenwahl sind auch heute in den verschiedenen politischen Gremien und Gruppen weitergegangen, ohne daß bis zum Abend eine Erklärung erfolgt wäre. Es ist möglich, daß die Dinge morgen eher vorwärts kommen. Jedenfalls ist für morgen die Konferenz der Harzburger Front angesetzt und über dem werden die Bundesführer des Stahlhelms sehr voraussichtlich erneut vom Reichspräsidenten abgefragt werden. Aus Kreisen der Harzburger Front ist erklärt, daß die Möglichkeit einer Einheitskandidatur schon als erledigt gelten kann. Allerdings werden aber auch hier die Ausföhrer festlich beurteilt. Am ehesten im Stahlhelm dürfte die Auffassung noch vorherrschen, daß die Wahl einheitslich sein. Zum mindesten ist ein großer Teil der Stahlhelmsführer, darunter auch Seibitz und Kästerberg, für eine Kandidatur des Ehrenmitgliedes des Stahlhelms. Vielleicht kommt die Bundesregierung nach den morgigen Besprechungen zu einer Klärung ihrer Haltung.

Im Augenblick liegt der Schwerpunkt aber wohl beim Kaffhäuser-Bund. Sobald der Kaffhäuser-Bund mit seinem Aufruf herauskommt, wird nach Auffassung gut unterrichteter Kreise für den Reichspräsidenten der Augenblick gekommen sein, seiner Wiederwahlstellung zuzustimmen. Es verfrüht sich der Eindruck, daß eine Fortdauer der bisherigen Unklarheit unerwünscht ist. Wir möchten deshalb glauben, daß, wenn die Entscheidung auch morgen noch nicht fällt, auf eine Klärung nach der einen oder anderen Seite hin gedrängt werden wird, so daß die Kandidatur Hindenburgs spätestens am Montag klar herausgestellt sein wird.

Am Sonnabend tritt übrigens auch die Reichspräsidenten-Fraktion der Deutschen Volkspartei zusammen. Sie wird ebenfalls zu der Reichspräsidentenwahl Stellung nehmen. Nach den öffentlichen Äußerungen, die den

Führer der Deutschen Volkspartei hierzu bereits abgegeben hat, ist unbeschadet des politischen Standpunktes der Deutschen Volkspartei gegenüber der Regierung Brüning mit einer eindeutigen Meinung für den Reichspräsidenten von Hindenburg zu rechnen. Ueberhaupt unterstreicht man in politischen Kreisen, daß sich aus dem unübersehbaren Hin und Her der letzten Tage doch deutlich die Verbreiterung der Hindenburg-Front herauschäde. In diesem Zusammenhang wird auch auf den Appell des Generalobersten Graf Bothmer hingewiesen, der im Namen der bayerischen Offiziere, die am Weltkrieg teilgenommen haben, den Generalfeldmarschall von Hindenburg gebeten hat, die Kandidatur anzunehmen. Im ganzen gesehen, scheint es jedenfalls heute abend, daß die Klärung der Situation nun in den aller nächsten Tagen zu erwarten ist.

Sonntag Entscheidung der Nationalsozialisten

Im „Völkischen Beobachter“ befaßt sich der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Dr. Wobbe in einem Leitartikel mit dem Text der Entscheidung über die in Kürze zu lösenden innenpolitischen Fragen. In dem Artikel heißt es u. a.: Jede Stunde könnte das Signal zum Angriff gegeben werden. Am Sonntagmorgen würden in sämtlichen Gauen die Ortsgruppenführer und Ortsvorsitzer zusammenzutreten und aus dem Munde des Gauleiters die letzten Instruktionen für den Kampf entgegenzunehmen. Am Sonntag abend wird die Parteimaschine startbereit sein und nur darauf warten, daß einer auf den Knopf drückt, um sie mit aller Vehemenz in Bewegung zu setzen. Jeder Parteigenosse hat nun endlich die ersehnte Gelegenheit, mit allen Feinden des deutschen Volkes und allen Verfolgern seiner Bewegung eine durchaus legale aber vernichtende Abrechnung zu halten, wie sie in diesen Ausmaßen die deutsche Geschichte noch nicht gesehen hat.

n auf den
... hat auf
... der Zeitverlust
... so schneller geht
... macht zum Ziel
... schnee
... Wassergischt
... auf am veränderten
... ischen Gebirge
... allischer Welten
... schmalen Welt
... Stromschnellen
... Maerklid
... 3. Rath, Berlin-Ortel
... allig